

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale
Politik und Sicherheit



Severin Fischer

Verrat an Europa?

Ungarns pragmatische
Energieaußenpolitik im Spannungsfeld
von Diversifizierung und
Versorgungssicherheit

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der
Forschungsgruppe, die nicht als
SWP-Papiere herausgegeben
werden. Dabei kann es sich um
Vorstudien zu späteren SWP-
Arbeiten handeln oder um
Arbeiten, die woanders
veröffentlicht werden. Kritische
Kommentare sind in jedem Fall
willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

**Diskussionspapier der FG 1, 2007/ 19, August 2007
SWP Berlin**

Nach den EU-Gipfeln im März und Juni 2007 erhält die europäische Energiepolitik einen deutlichen Bedeutungszuwachs, nicht nur mit der Formulierung weitreichender Ziele, sondern auch durch energiepolitische Ergänzungen des Reformvertrags. Als ein zentrales Element der europäischen Energiestrategie gilt die Diversifizierung der Erdgasversorgung hinsichtlich der Lieferländer. Hierfür wird dem Bau neuer Gaspipelines eine wichtige Rolle zugeordnet. Fraglich ist jedoch, ob die Pläne für den Bau des wichtigsten europäischen Pipeline-Projekts „Nabucco“ nicht dem übergeordneten Paradigma der Versorgungssicherheit entgegenstehen. Die ungarische Regierung steht diesem Projekt in jedem Fall kritisch gegenüber. Dass diese Position nicht nur die pragmatische Formulierung eigener Interessen darstellt, sondern zugleich in der besonderen energiepolitischen Situation Ungarns begründet liegt, wird bei aller Kritik an der ungarischen Haltung häufig übersehen.

Das Jahr 2007 könnte zum Jahr der ungarisch-russischen Beziehungen werden. Bereits zum vierten Mal trafen sich der russische Präsident Vladimir Putin und Ungarns Premierminister Ferenc Gyurcsány im Juli zu Gesprächen. Diese Annäherungen stehen in einem augenfälligen Kontrast zu den traditionell negativ konnotierten Beziehungen zwischen den mittelosteuropäischen Staaten und ihrem großen Nachbarn im Osten. Insbesondere in Hinblick auf die spannungsgeladenen polnisch-russischen Beziehungen, die unterkühlten Kontakte der tschechischen Regierung nach Moskau und die beständigen Konflikte der baltischen Staaten mit ihrer ehemaligen Hegemonialmacht, wirkt die russlandfreundliche ungarische Außen- und Energiepolitik als Ausnahmeerscheinung in der Region.

Im Mittelpunkt der Diskussionen und des öffentlichen Interesses standen während der letzten Monate vor allem die ungarisch-russischen Energiebeziehungen. Dass der ungarische Premier Anfang 2007 eine Erweiterung des russischen Pipelinenetzes vom Schwarzen Meer nach Mitteleuropa in Erwägung zog und somit dem europäischen Pipelineprojekt „Nabucco“ implizit einen Korb erteilte, bedarf eines tieferen Einblicks in die Zusammenhänge ungarischer Energiepolitik und deren Konsequenzen für eine weitere Entwicklung des europäischen Vorgehens im zukünftigen Wettbewerb um Energieressourcen.

Europa zwischen Diversifizierung und Versorgungssicherheit

Eine gemeinsame Energieaußenpolitik und die im Entwurf des europäischen Reformvertrages postulierte Energiesolidarität (Artikel 19m des Mandats für die Regierungskonferenz)¹ gelten als bislang unterentwickelte

¹ Europäischer Rat: Mandat für die Regierungskonferenz, online abrufbar unter: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st11/st11218.de07.pdf>; weiterführend: Raphael Sauter / Katherina Grashof: Ein neuer Impuls für eine europäische Energiepolitik? Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels 2007, in: Integration, 3/2007, S. 264-280.

Politikbereiche der Europäischen Union. So stecken die in Warschau und anderen Hauptstädten Europas erhobenen Forderungen nach einer Energie-Nato, einer europäischen Energiegemeinschaft, einer Grundrevision des Euratom-Vertrages oder ganz allgemein einem verstärkten Austausch von Öl- oder Gasreserven zwischen den EU-Mitgliedstaaten noch in den Kinderschuhen. Unter Berücksichtigung der Verbrauchsprognosen der nächsten Jahrzehnte, könnte sich eine institutionalisierte Lösung als einer der Kernpunkte für die weitere Integration der Europäischen Union erweisen.²

Exakte Prognosen für den zukünftigen Erdgasverbrauch der EU-27 sind nur schwer zu treffen, doch scheinen Experten sich darüber einig zu sein, dass die Bedarfszahlen deutlich steigen werden. Begründet werden kann dies mit dem steigenden Energiehunger der insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten rasch wachsenden Wirtschaft und den im März in Brüssel proklamierten Zielen der Klimapolitik, die eine Abkehr von CO²-intensiven Energieträgern und somit (zumindest vorläufig) eine stärkere Hinwendung zu Erdgas fordert. In Deutschland kommt als Triebfeder die in der Koalition festgelegte Linie zum Atomausstieg hinzu, der durch alternative Stromgewinnung kompensiert werden muss. Bedeutend für den weiteren Versorgungsbedarf an Erdgas sind zudem die sinkenden Förderkapazitäten der niederländischen und britischen Gasfelder. Somit finden sich zahlreiche Faktoren, die ein deutliches Ansteigen des Importbedarfs erwarten lassen, das in durchschnittlichen Schätzungen mit rund 50 Prozent des bisherigen Bedarfs (oder in absoluten Zahlen mit 600 Mrd. m³ pro Jahr statt der bisherigen rund 400 Mrd. m³ pro Jahr) bis 2020 beziffert werden könnte.³ Um die Größenordnung dieser Liefermengen zu veranschaulichen, sei angemerkt, dass die im Bau befindliche neue Ostseepipeline („North Stream“) zwischen dem russischen Vyborg und Greifswald zunächst nur in der Lage sein wird, 27,5 Mrd. m³ pro Jahr zu liefern, und erst im Laufe der Jahre ihre Kapazität auf 55 Mrd. m³ erweitert. Dieses ehrgeizige und umstrittene Projekt senkt den zusätzlichen Bedarf an Erdgas demnach nur um rund ein Viertel. Woher die notwendigen weiteren 150 Mrd. m³ stammen sollen, bleibt derzeit noch im Dunklen. Algerien und Libyen stellen sich als wichtige Zukunftsmärkte dar, doch scheint der Bedarf alleine durch Importe aus diesen Ländern kaum zu decken. So wird weiterhin auf Russland, als einen der größten Erdgaslieferanten, gesetzt werden.

Entscheidend für die weitere Versorgung der EU mit Erdgas ist jedoch weniger die mögliche Förderkapazität der Handelspartner (trotz häufig geäußelter Zweifel an den von russischer Seite erwarteten Fördermengen), sondern vielmehr die logistische Fähigkeit, die schnell ansteigenden Verbrauchsmengen im genannten Zeitraum bis 2020 nach Europa zu

² Oliver Geden / Clémence Marcelis / Andreas Maurer: Perspectives for the European Union's External Energy Policy: Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France, SWP-Diskussionspapier Dezember 2006, S. 26-27.

³ Für eine detaillierte Darstellung der Bedarfsprognosen, siehe: Roland Götz: Russlands Erdgas und Europas Energiesicherheit, SWP-Studie S 21, August 2007.

transportieren. Deutlich wird hierbei der Unterschied zwischen den Energieträgern Gas und Erdöl. Während für den Transport von Erdöl diverse Liefermöglichkeiten zur Verfügung stehen und somit ein Wechsel von Anbietern zumindest technisch relativ rasch vollzogen werden kann, ist der Transport von Erdgas nur über Pipelines oder spezielle, deutlich kostenintensivere Flüssiggasumwandlungsanlagen und -terminals (LNG) möglich. Eine Diversifizierung der Versorgung mit Erdöl ist demnach kurzfristiger und einfacher möglich, als im Falle des Energieträgers Erdgas.

Dem steigenden Energiebedarf Europas könnte dabei der Wunsch nach einer stärkeren Diversifizierung der Handelspartner diametral entgegenstehen. Die Forderung nach erhöhter Unabhängigkeit von Herkunftsländern und hierbei insbesondere die Furcht vor einer Übermacht durch den russischen Energieriesen Gazprom, ist meist Antrieb für die Suche nach alternativen Gasquellen. Russland deckt derzeit über 60 Prozent des europäischen Gasimports. In Zukunft ist zwar zu erwarten, dass der russische Anteil prozentual sinkt, die absolute Zahl der Liefervolumina wird jedoch, insbesondere durch die auf längere Sicht sinkenden Fördermengen innerhalb Europas, deutlich steigen.⁴ Die enormen Reserven Russlands stellen somit eine der wenigen, potenziell sicheren Versorgungsquellen Europas dar. Neben den genannten Exportstaaten, finden sich weitere Alternativen nur in sicherheitspolitisch deutlich fragwürdigeren Regionen wie im Irak oder im Iran.

Zukunftsprojekt „Nabucco“?

Um dem strategischen Ziel Europas nach Versorgungssicherheit einerseits und dem politisch gewünschten Konzept der Diversifizierung andererseits gerecht zu werden, und gleichfalls dem Einfluss Russlands „in faktischer Personalunion“ mit Gazprom entgegenzutreten, entwickelten die größten Gasversorger Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei das Pipelineprojekt „Nabucco“. Den Entwürfen zur Folge sollen über eine 3300 km lange Pipeline rund 30 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr aus Aserbaidschan bzw. dem Iran über die Türkei und unter Umgehung Russlands nach Europa gepumpt werden. Die Fertigstellung ließe sich nach Angaben des Konsortiums zwischen 2011 und 2013 verwirklichen, ihre volle Leistungskapazität könnte jedoch erst 2017 erreicht werden. Die Kosten dürften sich nach Angaben des Konsortiums auf rund 4,6 Milliarden Euro belaufen.⁵ Unterstützt durch die Europäische Kommission und die Regierungen der beteiligten Staaten, schien, trotz ständig wechselnder Probleme in Beteiligungs- und Finanzierungsfragen, ein Baubeginn 2008 möglich. Die Bedeutung des Projektes für die EU wurde zuletzt durch seine Nennung als eines der vier europäischen Netzprojekte mit höchster Priorität einerseits und durch die Berufung eines Sonderbeauftragten für

⁴ ebd. Götz: Russlands Erdgas und Europas Energiesicherheit.

⁵ Angaben zur Nabucco-Pipeline durch das Konsortium, siehe: <http://www.nabucco-pipeline.com>

die Koordinierung des Pipelinebaus, des ehemaligen niederländischen Außenministers Jozias van Aartsen, andererseits unterstrichen.⁶

Unterdessen hat jedoch auch Gazprom eine weitere Versorgungsalternative in Aussicht gestellt. Die bisherige „Blue Stream“-Pipeline von Russland durch das Schwarze Meer in Richtung Türkei könnte auf der gleichen Route wie Nabucco um einen Ableger nach Ungarn erweitert werden, Ungarn an den Verteilerhebel setzen und auf längere Sicht etwa gleich hohe Lieferkapazitäten aufweisen. Ein dahingehender Vorschlag wurde bereits 2006 von Gazprom vorgelegt und stieß insbesondere in Budapest auf reges Interesse. Auch der Bau der so genannten „South Stream“-Pipeline vom bulgarischen Varna über den westlichen Balkan nach Italien, dem gleichfalls ein Ableger in Richtung Norden abgerungen werden könnte, ist eine der zahlreichen von Gazprom in Aussicht gestellten Alternativlösungen.⁷

Ungarns Regierung in Entscheidungsnot

Die Ankündigung des ungarischen Ministerpräsidenten Gyurcsány im März diesen Jahres, sich auf keine der beiden Alternativen festzulegen, hatte für Missstimmung unter den Befürwortern des Nabucco-Projekts gesorgt.⁸ Der Premier musste sich dem Vorwurf des Verrates an einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik aussetzen. Ungarn weist mit einem Anteil von rund 80 Prozent eine extrem hohe Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen auf, die durch eine im europaweiten Vergleich überproportional hohe Primärenergieversorgungsquote durch Erdgas (45%) im nationalen Energiemix weiter verstärkt wird.⁹ Im Vergleich dazu liegt etwa die polnische Quote bei nur 11 Prozent, so dass die absoluten Importvolumina Ungarns, trotz eines Viertels der Einwohner, über denen Polens liegen.¹⁰

Ungarn sähe sich in einem Energiekonflikt zwischen der EU und Russland als leidtragender Verlierer, gerade so, wie es im Frühjahr 2006 am schwersten von dem russisch-ukrainischen Gasstreit betroffen war. So steckt das Land strategisch in einer unangenehmen Lage: Politisch fest in Europa verankert, energiepolitisch jedoch dauerhaft von Russland abhängig. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte lässt sich relativ leicht

⁶ „Nabucco: EU-Koordinator“, in: Die Presse vom 18.07.2007.

⁷ Franz-Lothar Altmann: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU, SWP-Studie S 1, Januar 2007.

⁸ „Hungary chooses Gazprom over EU. Budapest decides extending a pipeline beats bloc's 'dream'.“ In: International Herald Tribune vom 13.03.2007.

⁹ Zu detaillierten Angaben der Primärenergieversorgungsquote, siehe: Deák, András: Diversification in the Hungarian Manner: The Gyurcsány Government's Energy Policy, in: International Issues & Slovak Policy Affairs, Vol. XV, Nr. 3-4/2006, S. 44-55.

¹⁰ Zu Erdgasimportvolumina der EU, siehe: Eurostat, Europäisches Amt für Statistik, online abrufbar unter:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&product=Yearlies_new_environment_energy&language=d&root=Yearlies_new_environment_energy/H/H2/H22/ebc14608

begründen, weshalb sich die ungarische Regierung in der Diskussion um den Bau neuer Pipelines zunächst alle Optionen offen hält. Prinzipiell befürworte man das Nabucco-Projekt, so Premier Gyurcsány, doch sei es der ungarischen Regierung ebenso wichtig, in möglichst naher Zukunft eine sichere Gasversorgung zu gewährleisten. Insbesondere an diesem Punkt sei das europäische Projekt noch mit zu vielen ungeklärten Fragen belegt. Diese eher pragmatische Sichtweise auf die zukünftige Energieversorgung des Landes steht in deutlichem Kontrast zu den ideologisch begründeten Positionen Warschaus oder denen der größten ungarischen Oppositionspartei FIDESZ. Während die sozialliberale ungarische Regierung die Situation kurzfristig und zweckorientiert betrachtet sowie abrupte Preissteigerungen für breite Bevölkerungsschichten möglichst verhindern möchte, lassen sich sowohl die eigene Opposition als auch der Großteil der Nachbarländer von einer gewachsenen Russophobie und zweifelhaften langfristigen Lösungsstrategien von russischem Erdgas leiten. In diesem Disput steckt jedoch nicht nur nationaler Stolz, sondern gleichfalls eine grundsätzliche Problematik der europäischen Energiepolitik.

Die ungarische Entscheidung erweist sich bei genauerer Betrachtung nicht als rein nationale Frage. Sollte tatsächlich in naher Zukunft Gas durch eine der beiden möglichen Pipelineprojekte fließen, so würde nur rund die Hälfte der gelieferten Menge an die Transitländer von der Türkei bis Österreich abgezweigt werden, die andere Hälfte würde der weiteren Versorgung Mittel- und Westeuropas und damit unter Umständen auch Deutschlands dienen. Somit wird die Frage einer ungarischen Beteiligung an einem der beiden Projekte auf längere Sicht eine Frage der europäischen Energieversorgungs- und -sicherheitspolitik.

Den Hintergrund für das ungarische Lavieren bilden letztlich die beiden entscheidenden Fragen von Diversifizierung und Versorgungssicherheit. Aus Perspektive der ungarischen Regierung mangelt es dem europäischen Nabucco-Projekt an einer dauerhaften und sicheren Versorgung mit ausreichenden Erdgasmengen. Feste Lieferzusagen hat das Betreiberkonsortium bisher nur aus Aserbaidschan erhalten, doch reichen dessen Kapazitäten bei weitem nicht aus um die Pipeline mit genügend Gas zu versorgen. Als weitere Lieferländer würden sich die zentralasiatischen Staaten Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan anbieten, doch scheint Gazprom sich diesen Markt bereits frühzeitig gesichert zu haben, so dass auf kurze Sicht keine direkten Gaslieferungen aus diesen Ländern zu erwarten sind.¹¹ Schließlich erscheint der Iran als letzter potenzieller Lieferstaat, dessen außenpolitische Reputation und Zuverlässigkeit jedoch nicht erst seit dem Konflikt mit der IAEA und den USA zu wünschen übrig lässt. Somit kann die Angst vor dem Bau einer teuren Pipeline ohne gesicherte Gaslieferungen nicht voreilig als haltlos abgetan werden. Im Gegensatz zu Nabucco bildet die „Blue Stream“-Pipeline mit russischem

¹¹ Zur Gaspolitik der zentralasiatischen Staaten, siehe: Roland Götz: Europa und das Erdgas des kaspischen Raums, SWP-Diskussionspapier, August 2007.

Gas über die Türkei eine zu berücksichtigende Alternative. Sie umgeht die – vom russischen Präsidenten als „Parasitenstaaten“ bezeichneten – Transitländer Ukraine und Weißrussland und sichert so eine verlässliche Versorgung mit russischem Erdgas, verstärkt durch die Tatsache, dass Gazprom als potenzieller Hauptgesellschafter dieser Pipeline rein ökonomisch an beständigen Lieferungen interessiert sein muss. Unter Berücksichtigung seiner Position im russisch-ukrainischen Gasstreit, sieht Ungarn hierin eine, für die eigene Versorgung vorteilhafte Entwicklung.

Hinsichtlich einer eigenen nationalen Diversifizierungsstrategie könnte sich jedoch auch eine andere Sichtweise der Dinge entwickeln. Durch seine überproportional starke Abhängigkeit von russischem Erdgas ist Ungarn grundsätzlich an einer alternativen Versorgungsquelle interessiert.¹² Fraglich erscheint jedoch, ob sich eine mögliche Reduzierung der Bindung an russisches Gas von 80 auf eventuell 60 Prozent, so die voraussichtliche Veränderung beim Bau von Nabucco, letztlich positiv auf die Handlungsspielräume des Landes auswirken würde. Aufgrund des mangelhaften Ausbaus langfristiger Speicherkapazitäten könnte das Land seinen Bedarf nicht über eigene Bevorratung für einen unbestimmten Zeitraum decken. Daher darf bezweifelt werden, ob die Nabucco-Pipeline tatsächlich einer echten Versorgungsdiversifizierung dient. Dies kann zumindest so lange als fraglich gelten, wie eine institutionalisierte europäische Energiesolidarität nur normativ festgelegt, operativ jedoch unklar ist. Die Verpflichtung zur Energiesolidarität würde dieses Dilemma dadurch entschärfen, dass Ungarn im Falle eines Lieferengpasses auch aus dem westlichen Teil Europas versorgt werden könnte. Die Erwähnung dieser Energiesolidarität im Reformvertrag alleine, sagt bisher jedoch noch nichts darüber aus, wer unter welchen Rahmenbedingungen einen akuten Lieferengpass feststellt, welche Institutionen in der Regel private Energieversorger dazu veranlassen können, zu besonderen „Krisenbedingungen“ tätig zu werden, und über welche Mechanismen, insbesondere finanzieller Art, Solidaritätslieferungen aktiviert und kompensiert werden. Die Diversifizierung der Gasversorgung dürfte demnach für Ungarn unter den gegebenen Bedingungen keine erstrangige Bedeutung haben.

Die Gespräche zwischen Gazprom und dem ungarischen Gasversorger MOL scheinen aufgrund der dargestellten Entscheidungsgrundlage durchaus nachvollziehbar und können nicht nur mit den guten persönlichen Beziehungen zwischen Gyurcsány und Putin begründet werden.¹³ Der russische Energiekonzern bietet eine zeitlich nahe, hinsichtlich der Versorgungssicherheit stabile und durch die Wahl der Transitländer noch sicherere Transportkapazität, die es Ungarn als Verteilungsknotenpunkt sogar ermöglicht, zusätzliche Mengen weiter nach Westeuropa zu leiten und hierdurch erhebliche Gewinne zu erzielen. Hinzu kommt, dazu sich ein kooperatives Verhalten bezüglich des Pipelinebaus positiv auf zukünf-

¹² ebd. „Hungary chooses Gazprom over EU“, in: International Herald Tribune.

¹³ Dieser Vorwurf wurde vor allem von Seiten des ungarischen Oppositionsführers Viktor Orbán geäußert. Siehe u.a. „Gyurcsány's Gas Gambit“, in: Transitions online vom 16.07.2007.

tige Vertragsverhandlungen und Preismargen auswirken könnte. Dahingegen erscheint das Nabucco-Projekt von einem instabilen Versorgungsumfang und einer strittigen Finanzierung durch die Beteiligung von mindestens fünf Unternehmen geprägt, bietet auf kurze Sicht keine sichere Versorgung mit Erdgas und dürfte sich auch für den Endverbraucher als teurer als erwartet herausstellen. Daher wirkt die Argumentation Gyurcsánys, er habe dafür zu sorgen, dass die ungarische Bevölkerung auch in den nächsten Jahren ihre Wohnungen im Winter heizen könne, plausibel und durch die russische Alternative leichter zu erfüllen, als durch Europas Nabucco-Projekt.¹⁴

Für zusätzlichen Sprengstoff in der Diskussion sorgte die kürzlich verlautbar gewordene Erklärung des österreichischen Energieversorgers und federführenden Unternehmens im Nabucco-Konsortiums, OMV, man wolle alles daran setzen den ungarischen Energiekonzern MOL mittelfristig zu übernehmen.¹⁵ Auf den ersten Blick vermag diese Ankündigung zwar keinen Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung der ungarischen Energiepolitik zu haben, doch macht sie überaus deutlich, dass zum einen, zumindest von österreichischer Seite gegenüber den ungarischen Partnern keine Position auf Augenhöhe vertreten wird, zum anderen die Rücksichtnahme auf ungarische Befindlichkeiten hinsichtlich seines nationalen Geltungsbedürfnisses auf Seiten Österreichs nur schwach ausgeprägt scheint. Als sicher dürfte gelten, dass hierdurch keine positiven Auswirkungen für die Weiterentwicklung des Nabucco-Projekts zu erwarten sind.

Ungarns Disput als Vorreiter für eine neue Diskussion zur europäischen Energiesolidarität?

Die Entscheidung Ungarns für eine der beiden möglichen Pipelinealternativen hat zunächst „nur“ symbolischen Wert für das weitere Vorgehen Europas und ebenso für die Frage, ob eine Diversifizierung der europäischen Gasversorgung auf längere Sicht nicht einer Illusion gleichkommt. Doch wirft sie häufig nur am Rande behandelte, doch nicht unwesentliche Fragen der europäischen Energiepolitik auf: Macht eine Diversifizierung der Handelspartner bei akut stark steigenden Bedarfsmengen, wie im ungarischen Beispiel exemplarisch dargestellt, Sinn oder sollte vielmehr eine engere Bindung an Russland mit dem Ziel der Erhöhung der Versorgungssicherheit angestrebt werden? Sind die zentralasiatischen Staaten sowie der Iran demgegenüber zuverlässigere Partner und zukunftstauglich? Sind die finanziellen Risiken einer vermeintlich notwendigen, tatsächlich aber nicht gesicherten Verbreiterung der Importmärkte nicht zu groß?

Allein die Betrachtung der bloßen Zahlen macht deutlich, dass die Diskussion um eine mittelfristige, echte Diversifizierung der europäischen Gasversorgung eher einer Scheindiskussion gleicht. Der schnell steigende

¹⁴ ebd. „Hungary chooses Gazprom over EU“, in: International Herald Tribune.

¹⁵ Interview mit OMV Vorstandsvorsitzenden Ruttenstorfer: „Ich würde lieber Gas vor Wien fördern“, in: Handelsblatt.com online vom 23.07.2007.

Bedarf, die bisher unzureichenden logistischen Transportoptionen sowie die unsicheren Bezugsalternativen machen dies mehr als deutlich. Die Lösung des Problems wird weiterhin in einer Kooperation mit Gazprom liegen. Europa wird sich zumindest für die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte daran gewöhnen müssen, großteils von russischem Erdgas abhängig zu sein. Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch Russland auf einen gesicherten Absatzmarkt angewiesen ist und Lieferstopps, wie nach den Konflikten mit Weißrussland oder der Ukraine, mit wirtschaftlichen Einbußen versehen sind und daher nicht im Interesse Gazproms oder der russischen Regierung liegen können.

Kurz- und mittelfristig bedingen sich Versorgungssicherheit und Diversifizierung nicht in der Dramatik, wie dies bis heute unter anderem von der Europäischen Kommission dargestellt wird. Vielmehr ergibt sich auf dieser Zeitachse eine notwendige Abwägung *zwischen* den strategischen Schwerpunkten der Versorgungssicherheit und der Diversifizierung. So bildet ein kurzfristig diversifizierter Anbietermarkt mit nicht ausreichenden Kapazitäten oder unsicheren Lieferzusagen eine Gefahr für die dauerhafte Stabilität der Gasversorgung Europas und könnte gleichzeitig in naher Zukunft zu einer stärkeren Hinwendung des russischen Absatzmarktes nach Indien oder China führen. Insbesondere unter Berücksichtigung der teuren und nicht mobilen Versorgung über Pipelines birgt dies eine langfristige Gefahr. So lange, wie das Konzept einer Europäischen Energiesolidarität nicht operationalisiert und institutionalisiert ist und so lange, wie die Europäische Union hierbei ihre Funktionsfähigkeit nicht unter Beweis gestellt hat, erscheint gerade für kleinere Staaten im Osten Europas die Anerkennung Russlands als mittelfristig wichtigstem Energielieferanten die einzige echte Alternative zur Abkehr vom Erdgas als wichtigster Energieressource. Die Budapester Regierung steht mit ihrer pragmatischen Position bisher relativ einsam da, doch sollten sich in Zukunft weitere Staaten aus der Region von ihrer ideologisch orientierten Position entfernen, könnte sich dies auf Dauer zu einer Zerreißprobe europäischer Energiepolitik entwickeln.

Die Betonung der Solidarität unter den Mitgliedstaaten und die Erwähnung dieses Faktors im Mandat für die Regierungskonferenz zum Reformvertrag der EU könnten erste Schritte in eine richtige Richtung sein. Allerdings reicht ein reines Lippenbekenntnis wohl nicht aus, um Staaten wie Ungarn davon zu überzeugen, dass ihre Versorgung im Zweifelsfall auch über ein System von Ausgleichslieferungen aus anderen Teilen der Union gewährleistet werden kann. Hier dürfte die Lösung in einer zukünftigen Institutionalisierung der europäischen Energiesolidarität liegen. Ein Gemeinschaftsorgan, zuständig für die geregelte Verteilung von Energieressourcen, würde nicht nur mehr Sicherheit auch für die kleineren Staaten der EU schaffen, sondern könnte als einheitlicher Akteur, vorausgesetzt es wird ihm eine derartige Kompetenz zugeteilt, in Verhandlungen eine bessere Position für die gesamte Union gewährleisten. Verbunden damit, erscheint auch eine Erhöhung der Subventionen für transnationale Gasnetze im inneren Europas und die notwendige Finanzierung von

Interkonnektoren der nationalen Pipelinenetze als ein wichtiger Schritt, um den erwünschten Austausch von Ressourcen im Krisenfall überhaupt zu ermöglichen.¹⁶

So lange jedoch keine ernsthaften Schritte in diese Richtung auf den Weg gebracht wurden, sollte auf europäischer Ebene toleriert und akzeptiert werden, dass die Gründe für eine mögliche Ablehnung europäischer Projekte zur Energieversorgung, wie etwa die abwiegelnde Haltung Ungarns zu Nabucco, neben der fragwürdigen Versorgungssicherheit primär in der zweifelhaften Energiesolidarität im inneren Europas liegen. Sollte sich dieses für Europas Zukunft zentrale Konzept nicht weiterentwickeln, ist davon auszugehen, dass europäischen Lösungen zur Energieversorgung auch in Zukunft keine Vorrangstellung eingeräumt wird. Die Chance hierzu würde sich in den nun laufenden Verhandlungen zur Vertragsreform bieten. Ob sie genutzt wird, bleibt fraglich.

¹⁶ Oliver Geden: Energiesolidarität im Reformvertrag, SWP-Aktuell A 34, Juli 2007.